Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 28 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 191. **Sonntag** den 10. Juli 1887. **81. Jahrgang**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Zur Erfüllung letztwilliger Bestimmungen des hier verstorbenen Kaufmanns
Herrn **Nathan Haendler**
sind uns von dessen Erben
1) für die hiesige Biener'sche Blindenstiftung 500 ℳ
2) für die Siechenhausstiftung zur Freistellenbeschaffung 1000 ℳ
3) für das Krankenhaus zu St. Jacob 600 ℳ
überwiesen worden.

In Vertretung dieser Stiftungen haben wir die erwähnten Vermächtnisse angenommen und sprechen unseren besten Dank dafür aus.

Leipzig, den 4. Juli 1887.

Ia 3699/859 **Der Rath der Stadt Leipzig.** Dr. Georgi. Kretschmer.

Gewölbe-Vermiethung.

Das im Erdgeschoß des Rathhauses (Naschmarktseite) befindliche **Verkaufsgewölbe Nr. 23** soll vom **1. October ds. Js.** an gegen **einhalbjährige Kündigung**
Montag, den 18. ds. Mts.,
Vormittags 11 Uhr,
auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer 16, an den **Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Vorsaale liegen die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen nebst Inventarium des zu vermiethenden Gewölbes schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 5. Juli 1887.

Ia 1679. **Der Rath der Stadt Leipzig.** Dr. Georgi. Krumbiegel.

Vermiethung.

Ein in der Hausflur des der Stadtgemeinde gehörigen Hausgrundstücks **Reichsstraße Nr. 7** befindlicher **Verkaufsstand** soll **vom 1. October d. Js.** an gegen **vierteljährliche Kündigung** anderweit **vermiethet** werden. Miethgesuche sind auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, anzubringen, woselbst auch die Vermiethungsbedingungen eingesehen werden können.

Leipzig, den 6. Juli 1887.

Ia. 3792. **Der Rath der Stadt Leipzig.** Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Die Erd- und Macadamisirungsarbeiten in einigen Straßen des südwestlichen Bebauungsplanes sind vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber hierdurch ihrer Offerten entbunden.

Leipzig, den 5. Juli 1887.

Ib. 2559/882. **Der Rath der Stadt Leipzig.** Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung.

Die anzuschreibenden Maler- und Anstreicher-Arbeiten für den Neubau der IX. Bezirksschule hier sind **vergeben,** und werden die nicht berücksichtigten Herren Bewerber ihrer Gebote hiermit entlassen.

Leipzig, den 4. Juli 1887.

Ib. 2571/878. **Der Rath der Stadt Leipzig.** Dr. Georgi. Wilisch, Ass.

Gesucht

wird der am 3. April 1843 zu Counewitz geborene Cigarrenmacher
Friedrich Hermann Hofmann,
welcher zur Fürsorge für sein hier in Waisenpflege befindliches Kind anzuhalten ist.

Leipzig, den 6. Juli 1887.

A. R. VI/2046. **Der Rath der Stadt Leipzig.** (Armenamt.) Ludwig-Wolf. Dolge.

Vor einigen Wochen wurde in hiesiger Stadt ein Geldbeutel mit über 40 ℳ als gefunden beim unterzeichneten Polizeiamte eingeliefert.

Da der Eigenthümer sich bis heute hier nicht gemeldet, wird derselbe dazu hierdurch mit dem Bemerken aufgefordert, daß nach Verlauf der gesetzlichen Frist über das Fundobject anderweit verfügt werden wird.

Leipzig, am 17. Juni 1887.

Nr. 1548 Ia. **Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.** Bretschneider. M.

Holz-Versteigerung.

Bei dem unterzeichneten Kaiserlichen Postamte soll
Dienstag, den 12. Juli 1887,
Vormittag 11 Uhr eine Partie **alter Fußbodenbretter und Lagerhölzer** öffentlich gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden. Kauflustige werden geladen, sich zur festgesetzten Zeit auf dem PostHofe, Hospitalstraße Nr. 4—8, pünktlich einzufinden.

Leipzig, den 9. Juli 1887.

Kaiserliches Postamt Nr. 10.
Oehme.

Bekanntmachung.

Die **Kohlen- und Petroleumlieferung** für hiesige Behörde ist vergeben.

Leipzig, am 9. Juli 1887.

Hauptportocassenverwaltung beim Königl. Amtsgericht.

Nichtamtlicher Theil.

Der Graf von Paris und die Intransigenten.

Nach seiner Verbannung aus Frankreich hat der Graf von Paris bekanntlich die Maske abgeworfen und einen Aufruf erlassen, in welchem er zugesteht, nach der französischen Krone zu streben. Vor Kurzem hat er seine Anhänger auf der Insel Jersey empfangen und sein Einverständniß mit der Haltung der Royalisten in der Kammer ausgesprochen. Der „Gaulois" theilt ferner die Instructionen mit, welche der Graf von Paris seinen Anhängern gegeben haben soll. Nach dieser Quelle rieth er ihnen, Anschuldigungen, unfruchtbare Erörterungen und nutzlose Fragen zu vermeiden, dafür aber um so thatkräftiger zu handeln, denn der Augenblick sei nahe, in welchem die Sache der Monarchie triumphiren werde, sie werde auf die Republik ohne Anwendung von Gewalt folgen, ohne Erschütterung, durch einfachen Uebergang. Alles sei vorbereitet, die Organisation vollständig, die neue Regierung werde sogleich vom ersten Tage an regelmäßig in Uebung treten, und der Graf von Paris werde alsdann König von Frankreich sein.

So leicht, wie der „Gaulois" meint, wird sich die Umwandlung der Republik in die Monarchie nicht vollziehen, wenn sie überhaupt eintritt. Die Republikaner haben zwar in den letzten Jahren das Mögliche gethan, um die Grundlagen der Republik zu erschüttern, aber vorläufig hat der Graf von Paris noch wenig Aussicht, seine Hoffnungen verwirklicht zu sehen. Die Stellung der Royalisten als ausschlaggebender Partei in der Kammer ist sofort aufgehoben, sobald die Republikaner einig sind, und die Einigkeit herzustellen, hängt nur von ihrem Willen ab. Allerdings müssen sie dann den Schwerpunct ihrer Bestrebungen weiter nach rechts verlegen und auf solche Pläne Verzicht leisten wie die Einführung des allgemeinen Stimmrechts für die Senatswahlen, für welche sich neulich mehr als 200 Stimmen erklärten, auch in ihrem Angriffe gegen die Kirche werden sie sich mehr Mäßigung auferlegen müssen und die Durchführung der Verweltlichung der Schule nicht allzu schroff betreiben. Augenblicklich wiegt die radicale Stimmung vor, aber es kommen auch wieder ruhigere Zeiten, in welchen die Besonnenheit die Oberhand erhält, und dann wird der Graf von Paris sich genöthigt sehen, die Ausführung seiner Wünsche auf eine unbestimmte Zukunft zu vertagen. Heute schenkt man ihm von Seiten der Intransigenten eine Beachtung, welche nur dazu dienen kann, ihm eine Bedeutung zuzuschreiben, die ihm in Wahrheit nicht zukommt; vollständige Nichtbeachtung seines Treibens wäre das beste Mittel, es zur Nichtigkeit herabzudrücken.

Die äußerste Linke hat vor einigen Tagen den Minister des Aeußern ins Gebet genommen, was er zu thun gedenke, um den Republikanern für den Besuch des päpstlichen Nuntius beim Baron Mackau, dem Führer der Rechten, Genugthuung zu verschaffen, und Flourens hat darauf nichts geantwortet, daß er dem Nuntius das Recht nicht schmälern könne und wolle, Besuche zu machen, wo es ihm beliebt. Die Herren Pelletier und Laguerre sind aber damit nicht zufrieden gewesen, sondern haben ihre Partei zu dem Beschluß veranlaßt, die Regierung über die allgemeine Politik zu interpelliren. Die Veranlassung zu dieser Interpellation ist ebenso lächerlich wie diese selbst ernst, weil bei einer Erörterung der Regierungspolitik die heikelsten Fragen zur Sprache kommen können und der Ausgang der Sturz des Ministeriums sein kann. Bei einer solchen Besprechung werden alle Leidenschaften aufgewühlt, es kommt in erster Linie das Verhältniß zwischen Ministerium und Royalisten zur Sprache, und das bringt die Thatsache in Erinnerung, daß das Ministerium Rouvier bei seinem ersten Auftreten in der Kammer nur über eine republikanische Mehrheit von 15 Stimmen verfügte. Unter der Bezeichnung „Allgemeine Politik" findet schließlich Alles Platz, was die Gegner des Ministeriums auf dem Herzen haben: die Fälle Köchlin und Klein, die Fremdenfrage, der Empfang in Jersey, die Verweltlichung der Schule, die Reform der Verwaltung, die egyptische Frage, die tonkinesische, vielleicht auch die Weltausstellungs-, die bulgarische und die soziale Frage. Es kommt Alles darauf an, ob es diesen oder jenem Abgeordneten gelingt, durch irgend ein geschickt gebrauchtes Schlagwort die Aufmerksamkeit der Kammer zu erregen und dadurch die Erörterung auf das von ihm gewünschte Gebiet hinüberzuspielen. Das Ministerium Rouvier kann dadurch des Vortheils verlustig gehen, welchen ihm die Vertagung der Kammer gewähren würde, es kann noch vor den Ferien eine Krisis eintreten, die sonst mindestens um einige Monate verschoben sein würde.

Es sind damit nur Möglichkeiten angedeutet, welche wahrscheinlich nicht eintreten werden, aber die Absicht der äußersten Linken ist unzweifelhaft darauf gerichtet, dem Cabinet Verlegenheiten zu bereiten, welche im schlimmsten Falle mit dem Sturz desselben enden können. Als Helfer in der Noth gegen solche Umtriebe bietet sich aber das unleugbare Verdienst der Regierung dar, die finanziellen Verlegenheiten durch Ersparnisse verringert zu haben; es kommt dabei nicht in Betracht, ob das Exempel auch die Probe besteht, vorläufig stehen die Ersparnisse auf dem Papier, und das genügt, um ihnen eine augenblickliche Wirkung zu sichern.

Interpellationen an eine unbeliebte Regierung bilden immer nur den Vorwand, um ihr ein Bein zu stellen; auch in der Sitzung vom 8. Juli war der Minister Flourens einem derartigen Angriff ausgesetzt. Er sollte sich rechtfertigen, warum er nicht rechtzeitig die Veröffentlichung des deutschen Gesetzes, betreffend die Erhöhung der Exportprämie für den Alkohol, erfahren habe. Flourens' Antwort zerstreute die Bedenken des Fragestellers, aber der Eindruck der Belästigung des Ministers war nicht zu verwischen, und dieser kommt dem Ministerium nicht zu Statten.

So ist denn auch die Interpellation über die allgemeine Politik, welche die äußerste Linke beschlossen hat, nur ein Mittel, um die ohnehin nicht starke Stellung des Ministeriums noch mehr zu erschüttern. Aber derartige Versuche haben zuweilen die entgegengesetzte Wirkung von der beabsichtigten; irgend eine effectvolle Wendung, welche Rouvier gebraucht, kann ihm leicht das Interesse der Mehrheit zuwenden und dadurch seiner Stellung eine neue Kräftigung zuführen. Deutschland ist an der Aufrechthaltung des Ministeriums Rouvier nur insofern betheiligt, als dasselbe immerhin eine ordnungsgemäße Regierung darstellt, Anspruch auf freundliche Theilnahme an seiner Wirksamkeit hat es sich bisher nicht erworben und nicht erwerben können, weil alle seine Maßnahmen der Sorge um Erhaltung seines Daseins entsprangen. Die Fremdenfrage hat durch die Erklärungen Flourens' in der Commission einen sehr scharf deutschfeindlichen Charakter erhalten, obwohl Flourens durch seine Antworten auf die gestellten Fragen nur noch schlimmeren Zumuthungen entgehen wollte. Deutschland kann aber seine Politik nicht durch die Rücksicht auf diese Bestrebungen leiten oder beeinflussen lassen, die deutsche Regierung hat es lediglich mit Thatsachen zu thun, und diese erheischen Abwehrmaßregeln gegen die im Werke begriffenen Belästigungen der in Frankreich lebenden Deutschen.

Die Interpellation der äußersten Linken über die allgemeine Politik hat zwar den Besuch des päpstlichen Nuntius beim Baron Mackau zum Ausgangspunct und zielt zunächst auf die offenkundigen Bemühungen des Grafen von Paris, die französische Königskrone auf sein Haupt zu setzen, aber die weitere Entwicklung dieses Anfangs ist nicht abzusehen, und das Streben, ihr eine möglichst weite Ausdehnung zu geben, ist deutlich erkennbar. Bei der großen Spannung, welche zwischen Deutschland und Frankreich besteht, ist jeder Anlaß, welcher in Frankreich zur Bethätigung der politischen Aufregung dargeboten wird, beachtenswerth, und deshalb registriren wir den neuesten Beschluß der französischen Intransigenten.

Leipzig, 10. Juli 1887.

* In der am 7. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssecretairs des Innern, von Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde die Zustimmung ertheilt: dem Entwurf einer Verordnung, betreffend die Aufhebung des Verbots der Ausfuhr von Pferden, dem Gesetzentwurf, betreffend den Verkehr mit Kunstbutter mit dem vom Reichstage beschlossenen Abänderungen, dem Entwurf einer Bekanntmachung über die Prüfung der Seeschiffer und Seesteuerleute auf deutschen Kauffahrteischiffen und dem Entwurf der Grundsätze eines einheitlichen Systems zur Bezeichnung der Fahrwasser und Untiefen in den deutschen Küstengewässern. Den Eingaben von Betheiligten der Uhrenindustrie wegen des Erlasses von Uebergangsbestimmungen zu dem Gesetz über den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren und den Eingaben mehrerer Pulverfabrikanten und eines Gußstahlfabrikanten wegen der Bezeichnung weiterer, vorzugsweise als Schießmittel dienender Sprengstoffe beschloß die Versammlung keine Folge zu geben. Endlich wurde noch über den Austritt zweier preußischer Kreise aus dem Bereich einer Unfallversicherungs-Berufsgenossenschaft und Zuweisung derselben zu zwei anderen Berufsgenossenschaften, über die Abänderung des Reglements für die Einziehung und Verrechnung der beim Reichsgericht in Ansatz kommenden Kosten, über die Zollbehandlung verschiedener Gegenstände und über die Recursgesuche zweier Beamten gegen ihre unfreiwillige Versetzung in den Ruhestand Beschluß gefaßt.

* Wie es heißt, würde der Reichskanzler Fürst Bismarck demnächst von Friedrichsruh nach Varzin übersiedeln.

* In einem Artikel über den Gesammtausfall der bayerischen Landtagswahlen sagt die „Bayerische Nationalliberale Correspondenz" u. A. Folgendes: „Die nicht ultramontane Linke der Kammer kann jedenfalls aus dem jetzt bis auf den Wahlkreis Stadt Würzburg und das angefochtene dritte Mandat in Fürth-Erlangen zum Abschluß gelangten Wahlkampf ein erfreulicheres Fazit ziehen. Schon die Wahlmännerwahlen gaben uns das Recht, mit Befriedigung darauf hinzuweisen, daß München, Augsburg und Regensburg den Kammerpatrioten entrissen und dem confessionell fraktionirenden und handelnden Liberalismus wiedergewonnen seien, und man wird ebenso den Wahlausfall in Passau als einen Erfolg für die gedeihliche Entwicklung der inneren bayerischen Zustände begrüßen dürfen. Auf einen erheblichen Zuwachs der liberalen Stimmen in der neuen Kammer hätte nur unter der doppelten Voraussetzung gehofft werden können, daß das durch Nichts zu rechtfertigende Bündniß der Conservativen in dem Wahlkreise Eichstätt mit den dortigen Ultramontanen sich zerschlug und Conservative und Liberale vereint gegen den Ultramontanismus Front machten, und daß im oberpfälzischen Wahlkreise Oberviechtach, der vor sechs Jahren den Liberalen durch einen Glücksfall zugefahren worden war, auch dieses Mal Aehnliches erfolgte. Von dem Augenblicke an, wo es feststand, daß der bisherige Abg. Wittmann nicht mehr candidiren konnte, mußte der Wahlkreis als verloren gelten, und es ist sogar zweifelhaft, ob selbst der bisherige Vertreter, nachdem er sich in der Kammer zur Linken gehalten, wieder gewählt worden wäre." Am Schluß des Artikels heißt es: „Alles in Allem genommen, wird die Trauer des „Münchner Fremdenblattes" um die verlorene Mehrheit ebenso begründet sein, als der Schmerz um den verlorenen Führer Kopp. Wieviel Schuld daran die Muthlosigkeit des Patriotenhauses oder das Verlassenwerden vom heiligen Vater trägt, mögen die Herren unter sich ausmachen. Der nationalliberale Parteiaufruf hat den Sturz der ultramontanen Mehrheitsherrschaft in unserer zweiten Kammer als das von allen Nichtultramontanen zu erstrebende erste und wichtigste Ziel bezeichnet, und diese Aufgabe ist glücklich gelöst worden."

* Anläßlich der jüngsten Nachrichten über den traurigen Zustand des geisteskranken Königs Otto von Bayern ist in der Presse wieder der Gedanke aufgetaucht, daß der Prinz-Regent Luitpold den Königstitel annehmen solle. Die Münchener „Neuesten Nachrichten" bemerken darüber: „Unseres Ermessens liegt hier lediglich aufs Neue eine Probe jener Politik der Vermuthungen vor, welche seit einem Jahre gerade dieses Feld ohne jeden Hintergrund von Thatsachen so eifrig und trotz aller Zurechtweisungen unerschrocken bestellen. Die einzige, aber zunächst Aufschlag gebende Thatsache, welche wir als absolut sicher constatiren können, ist, daß der Prinz-Regent selbst mit seinen Gesinnungen und Wünschen dem Projecte entschieden ablehnend gegenübersteht." Jedenfalls wird aber der neugewählten Abgeordnetenkammer von Neuem die von der vorigen abgelehnte Vorlage wegen Aenderung der Verfassung zugehen, um gewisse, bei einer lang andauernden Regentschaft unerträgliche Beschränkungen des Regenten in der Ausübung der monarchischen Befugnisse aufzuheben.

* In den ersten Jahren nach dem Kriege brachten zahlreiche Eltern, namentlich in Lothringen, ihre schulpflichtigen Kinder in französische Unterrichtsanstalten, in der Absicht, sie dem 1871 im Reichslande zur Einführung gelangten deutschen Schulzwange zu entziehen. Von dem Standpunct ausgehend, daß es im Interesse des Staates liege, wenn jeder Landesangehörige ein gewisses Maß von Kenntnissen besitze, erließ bereits 1875 der damalige Oberpräsident v. Möller eine Verordnung, wonach elsaß-lothringischen Kindern in schulpflichtigem Alter der Besuch ausländischer Schulen nur mit Erlaubniß der Kreisdirectoren und unter der Bedingung gestattet ist, daß sie jedes Jahr durch eine vor dem Kreisschulinspector abzulegende Prüfung den Nachweis liefern, daß sie die Ziele der betreffenden Altersclasse der deutschen Elementarschulen erreicht haben. Unter der Manteuffel'schen Verwaltung ist von der Handhabung dieser Verordnung vielfach Abstand genommen worden. Neuerdings findet dieselbe jedoch erfreulicherweise wieder strenge Anwendung. Die Zahl der Kinder, welche aus Abneigung gegen die nach deutschen Grundsätzen geleiteten reichsländischen Schulen ins Ausland geschickt werden und von dort mit Vorurtheilen vollgepfropft in die Heimath zurückkehren, wird sich nun wieder mindern.

* * *

* Aus Petersburg, 2. Juli, wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

Das Ausländergesetz wird viele Processe zur Folge haben, denn durch dasselbe entstehen die verwickeltsten Rechtsfragen. Nach Fürst Hohenlohe, der Statthalter von Elsaß-Lothringen, wird in einen solchen Proceß verwickelt werden; wenigstens heißt es hier so; das Nähere kann ich nicht verbürgen. Der Fürst wollte bei Warschau eine Papierfabrik errichten, hatte zu diesem Zweck Grund und Boden erworben und bereits 15,000 Rubel angezahlt. Nach dem neuen Gesetz darf er jedoch kein unbewegliches Eigenthum in den Westgebieten besitzen, so daß der ganze Handel für ihn hinfällig wurde. Er verlangte daher die 15,000 Rubel zurück, da durch von ihm nicht abhängige Umstände der Kaufvertrag ungiltig geworden. Der Verkäufer weigert sich jedoch nicht nur, jene 15,000 Rubel zu zahlen, sondern verlangt auch die Haltung der gesammten ausbedungenen Summe, dem Fürsten anheimstellend, seinen Besitz anzutreten. Aehnliche Processe werden nun in Menge entstehen. Uebrigens entschließen sich mehr und mehr der durch jenes Gesetz betroffenen Deutschen zur Auswanderung. Hier und da hört man schon Stimmen, welche die Frage aufwerfen, ob sich das neue Gesetz wirklich als ein Vortheil für Rußland erweisen werde, und diese Zweifel werden zumeist darum laut, weil sich wider alles Erwarten in der öffentlichen Meinung Deutschlands kein bedeutender Ausdruck des Unwillens bemerkbar macht. Jene bisher allerdings nur in ganz verschwindender Minderheit befindlichen Persönlichkeiten meinen, daß, wenn das Gesetz Rußland Nutzen brächte, es Deutschland schaden müsse; dies scheint jedoch nicht der Fall zu sein, sonst würde Deutschland mit seiner Meinung nicht zurückhalten. Doch wiegt hier immer noch die irrige Ansicht vor, das Gesetz nütze Rußland ganz außerordentlich in gewerblicher Beziehung, sei aber für Deutschland in militairischer Hinsicht ein gewaltiger Schlag, weil im Kriegsfall — an den jetzt allerdings Niemand denkt — jene nun nach der Heimath zurückwandernden Deutschen eine Art deutscher Vorspann gewesen wären. Die deutsche Auswanderung macht sich schon sehr stark bemerkbar und wird noch viel stärker werden, so daß man in Deutschland gut thun würde, sich zu überlegen, was seitens der Regierung zunächst für die Einwanderer geschehen könne. Sie sind in Rußland an ziemlich große Verhältnisse gewöhnt — was den räumlichen Besitz betrifft — und werden sich nicht ganz leicht in vergleichsweise kleine Verhältnisse finden können, wie sie ihnen etwa in Westpreußen und Posen geboten werden könnten. Natürlich ist es das Zunächstliegende, sie dort anzusiedeln; doch setzt man sich damit leicht der Gefahr aus, daß mit den neuen Landestheilen eine mit den Verhältnissen unzufriedene Landesbevölkerung heranwächst; eine Thatsache, mit der immerhin zu rechnen ist. In jedem Falle wird eine nach Möglichkeit genaue Prüfung der ehemaligen russischen Verhältnisse der Betreffenden nothwendig sein. Es wäre sehr irrthümlich, diese neue Einwanderung etwa mit der französischen nach Aufhebung des Edictes von Nantes oder mit der der Hillenthaler zu vergleichen. Die Verhältnisse sind ganz andere.

* Der „Politischen Correspondenz" zufolge hat die russische Kriegsverwaltung in den letzten Tagen die Erweiterung, beziehungsweise Herstellung von fünf Proviant-Magazinen auf wichtigen Puncten der westlichen Gouvernements verfügt.

* Einem officiellen Telegramm aus der russischen Hauptstadt zufolge liegt Katkow, der Führer der Panslawisten, im Sterben. Derselbe hat einen Schlaganfall erlitten und sein Zustand sich dermaßen verschlimmert, daß sein Sohn und sein Schwiegersohn telegraphisch nach Moskau berufen wurden. Katkow ist gegenwärtig 67 Jahre alt.

* Dem Reuter'schen Bureau wird aus Wien ein Conflict zwischen König Milan von Serbien und dem Cabinet Ristitsch als bevorstehend angekündigt, der möglicherweise zu einer neuen Cabinetskrise führen dürfte. Ristitsch verlangt die Zurückberufung und Wiederanstellung des verbannten und im Rußland lebenden Metropoliten Michael. Der König ist jedoch entschlossen, die Rückkehr des wegen seiner panslawistischen Gesinnungen und bitteren Feindseligkeit gegen Oesterreich bekannten Metropoliten nicht zu genehmigen. Im Falle einer Krisis würde Ristitsch muthmaßlich durch Nicola Christitsch, der eines der eifrigsten Mitglieder der serbischen Fortschrittspartei ist, ersetzt werden.

* Wie wenig Deutschland darauf rechnen kann, einem objectiven Urtheil bei der französischen Presse zu begegnen, wie sehr vielmehr die letztere sich bestrebt zeigt, ihrem eigenen Lesepublicum die Wahrheit vorzuenthalten, zeigt sich wiederum in ganz eclatanter Weise an der Berichterstattung des Journal „Paris" über den vor dem Reichsgericht in Leipzig verhandelten Proceß Klein und Genossen. Dieses Blatt geht nämlich in seinem fanatischen Eifer so weit, daß es den Hauptangeklagten Klein, dessen Aussagen allerdings auch für das Verhalten Frankreichs im höchsten Grade compromittirende sind, ohne Umschweife als einen von der deutschen Reichsregierung zu dem Zweck besoldeten Agenten charakterisirt, um Frankreich Verlegenheiten zu bereiten und es in der Oeffentlichkeit ins Unrecht zu setzen. Und das wird demselben Klein nachgesagt, der für den, wenn auch bescheidenen Lohn von 200 Frcs. monatlich der französischen Regierung Spiondienste leistete, der vor den Schranken des Gerichts sich laut seiner patriotischen Sympathien für Frankreich rühmte! Man kann der französischen Urtheilslosigkeit und Leichtgläubigkeit Mancherlei zu Gute halten und doch gestehen, daß diese Leistung des „Paris" vieles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Es fehlte jetzt wirklich nur, daß von den Blättern nach Art des Journals „Paris" auch das im französischen Kriegsministerium bestehende bureau des renseignements, diese fleißige Schöpfung Boulanger's, als eine vom deutschen Generalstabe ressortirende Institution vorgestützt würde, die nur bezwecke, die französischen Militairs an der Nase herumzuführen. Nun, vielleicht erleben wir auch das noch!

* Die großen italienischen Manöver sollen zwischen dem 25. August und dem 6. September in der Provinz Emilia stattfinden. Die Revue der an den Manövern theilnehmenden Truppen wird vom König in Anwesenheit der geladenen fremdländischen Officiere vorgenommen werden.

* Die irischen Revolutionaire sind im höchsten Grade erbittert darüber, daß das Parlament sich endlich ermannt hat, mit der Strafrechtsnovelle kurzen Proceß zu machen und überhaupt den Obstructionisten zu Gemüthe zu führen, daß nicht sie, sondern die legale Mehrheit Herr im Hause ist. In Folge dessen herrscht in den Verschwörerconventikeln seit einiger Zeit eine außergewöhnlich lebhafte Geschäftigkeit, und sind dem „Home Office" Anzeigen zugegangen, wonach von Seiten der Revolutionaire nunmehr wieder zu offener Gewalt gegriffen werden soll. Dynamit darf selbs-